



# MACH MIT!

Dieses kleine Mach-mit-Heft enthält alles, was Sie brauchen, um die Situation der Menschenrechte weltweit zu verbessern und vielen Menschen Hoffnung zu geben.



**SCHUTZ FÜR EREN KESKIN**

Abonnieren Sie die Newsletter für die Urgent Actions und/oder die Briefe gegen das Vergessen und erhalten Sie regelmäßig alle neuen Aktionen per E-Mail zugesendet.



[amnesty.de/mitmachen/urgent-actions](https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-actions)  
[amnesty.de/mitmachen/briefe-gegen-das-vergessen](https://www.amnesty.de/mitmachen/briefe-gegen-das-vergessen)



**In diesem Heft finden Sie Postkarten gegen das Vergessen, eine Petition, Themen zum Dranbleiben, die Vorstellung der aktuellen internationalen Kampagne und Beispiele der Erfolge dieser Aktionen.**

Täglich werden Menschen weltweit festgenommen, bedroht, gefoltert, getötet. Weil sie ihre Meinung sagen, sich für die Menschenrechte in ihrem Land einsetzen oder mit friedlichen Mitteln ihre Regierung kritisieren. Gewaltlose politische Gefangene verschwinden oft für Jahre hinter Gittern – ohne faires Gerichtsverfahren und unter unterschiedlich schwierigen Haftbedingungen. Die Gefahr, dass sie vergessen werden, ist groß. Darum brauchen sie unseren Schutz, unsere Solidarität, unseren Einsatz.

**Verschicken Sie die Postkarten und sammeln Sie Unterschriften für die Petition.**

Wenn Sie dranblieben und sich regelmäßig für Menschen einsetzen wollen, deren Menschenrechte massiv verletzt werden, können Sie das ganz einfach tun. Auf [amnesty.de](https://www.amnesty.de) finden Sie vorformulierte Briefe gegen das Vergessen und Eilaktionen (urgent actions), die sie mit wenigen Klicks auch online verschicken können.

Vielen Dank fürs Mitmachen!



SEHR GEEHRTER HERR MINISTER,

die Menschenrechtsaktivistin und Anwältin Eren Keskin wurde aufgrund von unbegründeten Terrorismusvorwürfen zu insgesamt mehr als 26 Jahren Haft und hohen Geldstrafen verurteilt. Weitere Strafverfahren gegen sie sind anhängig. Eren Keskin ist unmittelbar von Inhaftierung bedroht.

**Deshalb bitten wir Sie, dafür zu sorgen, dass die juristische Verfolgung von Eren Keskin beendet wird und sie ihre Menschenrechtsarbeit ungehindert fortsetzen kann.**

Hochachtungsvoll

\_\_\_\_\_  
DATUM, UNTERSCHRIFT

\_\_\_\_\_  
NAME, VORNAME

\_\_\_\_\_  
LAND

Foto: Die Polizei „eskortiert“ die Anwältin Eren Keskin (Mitte links), Istanbul 2002. © privat

BITTE MIT  
0,95 EURO  
FREIMACHEN

Justizminister Yılmaz Tunç  
Justizministerium  
Adalet Bakanlığı  
06659 Ankara  
  
TÜRKEI

# TÜRKEI

## EREN KESKIN

Eren Keskin ist eine Anwältin und Menschenrechtsaktivistin, die seit mehr als 30 Jahren für Menschenrechte und Frieden in der Türkei kämpft. Sie kämpft für Rechtsstaatlichkeit und wird von der türkischen Regierung als Bedrohung gesehen. Als Anwältin und Menschenrechtsverteidigerin ist Eren Keskin eine der Hauptakteur\*innen und Kläger\*innen für Frauen-, LGBTQIA+ und Minderheiten-Rechte, gegen Folter und sexualisierte Gewalt.

Ihr ausgeprägter Sinn für Gerechtigkeit scheut keine Tabus und rüttelt an den Fundamenten des türkischen Staates. Jetzt wird sie selbst zur Angeklagten, zur Staatsfeindin gemacht. In mehr als hundertzwanzig Strafverfahren droht ihr eine lebenslange Haftstrafe. Wieviel Zeit ihr in Freiheit bleibt, weiß sie nicht. Jeden Moment kann sie inhaftiert werden und für immer hinter Gittern verschwinden. So wurde sie am 25. Juni 2022 bei einer friedlichen Mahnwache der Samstagmütter für Opfer des Verschwindenlassens kurzzeitig festgenommen.

Sie ist die Trägerin des Aachener Friedenspreises und des Menschenrechtspreises von Amnesty International.

### Bitte fordern Sie,

- dass die juristischen Schikanen gegen Eren Keskin umgehend beendet werden.
- dass Eren Keskin Ihre Menschenrechtsarbeit ungehindert und ohne Angst vor Repressalien fortführen kann.

# KUBA

## JOSÉ DANIEL FERRER GARCÍA

José Daniel Ferrer ist Sprecher der inoffiziellen politischen Oppositionsgruppe *Patriotische Vereinigung Kubas* (Unión Patriótica de Cuba, UNPACU). Er war regelmäßig Ziel von staatlichen Bedrohungen und Einschüchterungen, wurde immer wieder festgenommen und von Amnesty International mehrmals als Gewissengefangener betreut. Im Oktober 2019 wurde er in einem unfairen Gerichtsverfahren zu einer viereinhalbjährigen Haftstrafe verurteilt, die er ab April 2020 im Hausarrest verbrachte. Während dieses Hausarrestes wollte er am 11. Juli 2021 an einer Demonstration teilnehmen, auf dem Weg dorthin wurde er verhaftet.

Ferrer García ist aktuell im *Mar Verde-Gefängnis* in Santiago de Cuba inhaftiert. Nach seiner Festnahme fehlten wochenlang Informationen über seinen Verbleib. Gegen ihn wird wegen „öffentlicher Unruhe“ ermittelt. Ein weiteres Gerichtsverfahren dazu wurde bisher nicht eröffnet. Laut seinen Angehörigen wird García Ferrer im Gefängnis unter unmenschlichen und entwürdigenden Bedingungen festgehalten. Die meiste Zeit bleibt ihm jeder Kontakt zur Außenwelt verwehrt. Wiederholt befindet er sich in Isolationshaft in einer Zelle mit 24-Stunden-Beleuchtung. Sein Gesundheitszustand wird als äußerst kritisch eingestuft, aber er erhält keine angemessene ärztliche Behandlung.

### Bitte fordern Sie,

- seine sofortige Freilassung.
- freien Zugang zu seiner Familie und Rechtsanwält\*innen sowie adäquate medizinische Behandlung.

# SIMBABWE

## ITAI DZAMARA

Am Morgen des 9. März 2015 wurde der Journalist und Demokratieverfechter Itai Dzamara in Harare verschleppt. Während eines Frisörbesuchs im Vorort Glen View beschuldigten ihn fünf Männer, Vieh gestohlen zu haben. Sie legten ihm Handschellen an und fuhren ihn in einem weißen Lieferwagen davon. Sein Aufenthaltsort ist bis heute unbekannt. Itai Dzamara hatte am 7. März 2015 an einer Demonstration der Oppositionsbewegung *Movement for Democratic Change* (MDC-T) in Harare teilgenommen, bei der er dazu aufrief, in einer Massenaktion auf die sich verschlechternde wirtschaftliche Situation Simbabwes aufmerksam zu machen. Als Leiter der Protestbewegung *Occupy Africa Unity Square* hatte Itai Dzamara im Oktober 2014 eine Petition beim Präsidenten Robert Mugabe eingereicht, in der dieser aufgefordert wurde, zurückzutreten und den Weg für Neuwahlen freizumachen.

Für sein Engagement zugunsten der Demokratie wurde Itai Dzamara bereits in der Vergangenheit willkürlich festgenommen und sowohl von Beamt\*innen des Staatssicherheitsapparates als auch von Mitgliedern der Regierungspartei *ZANU-PF* brutal geschlagen. Alle Versuche seiner Familie und von Menschenrechtsanwält\*innen, seinen derzeitigen Aufenthaltsort zu ermitteln, schlugen bislang fehl.

### Bitte fordern Sie,

- eine unabhängige Untersuchung seines Verschwindens und dass die Verantwortlichen dafür vor Gericht gestellt werden.
- im Falle einer Inhaftierung, dass er nicht gefoltert wird und ein faires Gerichtsverfahren erhält.

## FRAU, LEBEN, FREIHEIT

Am 16. September 2022 stirbt im Iran die 22-jährige **Jina Mahsa Amini** in Folge brutaler Polizeigewalt. Ihr Tod löst eine landesweite Protestwelle aus. Hunderttausende skandieren auf den Straßen „Frau, Leben, Freiheit“. Die Frauen stehen an der Spitze der Proteste. Denn die Sittenpolizei nimmt Frauen und Mädchen routinemäßig willkürlich fest und setzt sie in der Haft Folter und anderweitigen Misshandlungen aus, weil sie sich nicht an diskriminierenden Kleidungsvorschriften halten. Das Regime reagierte auf den Widerstand mit äußerster Gewalt. Seit Beginn der Proteste wurden mehr als 20.000 Menschen festgenommen. Noch immer sind viele davon in Haft und von der Todesstrafe bedroht. Menschen wurden nach grob unfairen Scheinprozessen willkürlich hingerichtet.



Eine von vielen gewaltlosen politischen Gefangenen, die schon seit 1998 für die Menschenrechte kämpft, ist die Aktivistin **Narges Mohammadi**. Sie wurde immer wieder festgenommen und zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Während einer Haftpause drehte sie mit zwei iranischen Filmschaffenden den Dokumentarfilm „White Torture“, der auf heimlichen Interviews mit Mitgefangenen basiert, die der sogenannten Weißen Folter ausgesetzt wurden – wie auch sie selbst. Eine Folter, die darauf ausgelegt ist, keine körperlichen Narben zu verursachen, aber die Menschen psychisch zu brechen. Das kann unter anderem Isolation auf extrem beengtem Raum, Dunkelheit oder grelle Dauerbeleuchtung, Schlafentzug oder unerträglichen Lärm bedeuten.

Die Berichte von Menschen, die Weißer Folter ausgesetzt waren, seien unerträglich, offenbart Mohammadi: „Ich musste die Gespräche mehrmals unterbrechen, weil Erzählungen wie jene über erzwungene Geständnisse so verstörend waren. Ich denke oft an diejenigen, die in Isolationshaft erzwungene Geständnisse abgelegt haben und hingerichtet wurden. Ihre Geschichten sind mit ihnen begraben.“

Am 10. Dezember 2023 wurde Mohammadi „für ihren Kampf gegen die Unterdrückung der Frauen im Iran und ihren Kampf für die Unterstützung der Menschenrechte und der Freiheit für alle“ der Friedensnobelpreis verliehen. Sie saß zu dieser Zeit im Gefängnis. Den Preis nahmen stellvertretend ihre 17-jährigen Zwillinge entgegen.

Immer wieder finden Sie auf [amnesty.de](https://www.amnesty.de) Appelle für iranische Gefangene. Es ist wichtig, nicht lockerzulassen. Denn: „Wenn die Welt nicht mehr hinschaut, werden sie uns alle töten.“ (Iranische Aktivist\*innen)

**Allen Personen mit persönlichen Beziehungen in den Iran raten wir, aus Sicherheitsgründen eine Teilnahme an Appellen an die iranischen Behörden zu prüfen.**



Nahe der iranischen Stadt Saqqez gedenken Tausende Menschen der getöteten Jina Mahsa Amini (26. Oktober 2022). © privat



Uganda – LGBTI-Flüchtlinge in Kakuma, Oktober 2018, © IMAGO / ZUMA Wire

## LGBTI-GEFLÜCHTETE VON HASSVERBRECHEN BETROFFEN

Lesbische, Schwule, Bisexuelle, Trans und Intergeschlechtliche Menschen (LGBTI+), die als Schutzsuchende in Kenia leben, sind immer wieder Hassverbrechen, Gewalt – auch Vergewaltigungen – und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. Das dokumentiert Amnesty International zusammen mit der Kenianischen Nichtregierungsorganisation National Gay And Lesbian Human Rights Commission (Nglhrc) in einem gemeinsamen Bericht.

Das Flüchtlingslager Kakuma im Nordwesten Kenias beherbergt mehr als 200.000 Schutzsuchende, darunter hunderte LGBTI+. Der Bericht „Kenya: ‚Justice like any other person‘ – Hate crimes and discrimination against LGBTI Refugees“ beschreibt die extreme Diskriminierung und Gewalt, denen sie dort ausgesetzt sind, sowohl aufgrund ihres Status als Geflüchtete als auch wegen ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Geschlechtsidentität und/oder ihres Geschlechtsausdrucks.

## AN DIE DEUTSCHE BUNDESREGIERUNG

### Sehr geehrte Minister\*innen,

lesbische, schwule, bisexuelle, trans und intergeschlechtliche Menschen (LGBTI), die als Schutzsuchende in Kenia leben, sind Hassverbrechen, Gewalt, Vergewaltigungen und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. Das Flüchtlingslager Kakuma im Nordwesten Kenias beherbergt mehr als 200.000 Schutzsuchende, darunter hunderte LGBTI. Der neue Bericht von Amnesty International beschreibt die extreme Diskriminierung und Gewalt, der LGBTI in Kakuma ausgesetzt sind – sowohl aufgrund ihres Status als Geflüchtete als auch wegen ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Geschlechtsidentität und/oder ihres Geschlechtsausdrucks. Trotz der kenianischen Verfassung, die das Leben und die Würde aller Menschen schützt, werden LGBTI-Geflüchtete von kenianischen Regierungsbeamt\*innen, Polizist\*innen und anderen Personen diskriminiert und sind meist mehrfach homo- und transfeindlichen Übergriffen ausgesetzt.

Ihre Asylanträge werden schleppend bearbeitet, sie werden schikaniert, gewaltsam angegriffen, bedroht und eingeschüchtert. Die Täter\*innen bleiben meist straflos. **Deswegen bitte ich Sie dringend um**

- den Aufbau von Schutzprogrammen für LGBTI in den Herkunftsländern (z.B. Unterstützung in Auffangzentren).
- den Ausbau von Programmen und sicheren Wegen für die Aufnahme von LGBTI-Menschenrechtsverteidiger\*innen, da sie aufgrund dessen, wer sie sind und was sie tun, doppelt gefährdet sind.
- eine Ausweitung der Unterstützung (z. B. durch Finanzierung oder neue Programme) für Hilfs- und Beratungsprojekte, die sich auf die Rechte von LGBTI-Schutzsuchenden und LGBTI-Geflüchteten in Kenia konzentrieren.

Name, Vorname	Anschritt	Unterschrift

Die Adressen werden nur im Sinne der Petition genutzt und nicht an Dritte weitergegeben. Bitte senden Sie diese Petitionsliste bis zum **31.08.2024** an folgende Adresse:

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.  
Queeramnesty  
Zinnowitzer Straße 8, 10115 Berlin  
E: info@queeramnesty.de · W: queeramnesty.de

## KEINE SICHERHEIT FÜR LGBTI+ GEFLÜCHTETE IN KENIA

LGBTI+-Geflüchtete werden von kenianischen Regierungsbeamt\*innen, Polizist\*innen und anderen Personen diskriminiert und sind meist mehrfach homo- und transfeindlichen Übergriffen ausgesetzt. Ihre Asylanträge werden schleppend bearbeitet, sie werden schikaniert, gewaltsam angegriffen, bedroht und eingeschüchtert. Die Täter\*innen bleiben meist straflos. In einem besonders schweren Fall verübten Unbekannte im März 2021 mit einer Benzinbombe einen Anschlag auf LGBTI+ in Kakuma. Der 22-jährige Chriton Atuhwera verstarb einen Monat später an seinen Verbrennungen. Er war aus Uganda nach Kenia geflüchtet, weil er in Uganda wegen seiner sexuellen Orientierung verfolgt wurde.

Diese Hassverbrechen stehen exemplarisch für die Diskriminierung, die LGBTI+ in ganz Kenia und seinen Nachbarländern erfahren. Die Verabschiedung des Anti-Homosexualitätsgesetzes in Uganda, das für ‚schwerwiegende Homosexualität‘ die Todesstrafe vorsieht, hat die politische und gesellschaftliche Stimmung gegen LGBTI+ in Uganda und Kenia drastisch angeheizt. Das im kenianischen Parlament vorliegende Gesetz zum Schutz der Familie würde LGBTI+ in Kenia weiter kriminalisieren und ihren Flüchtlingsstatus in Kenia abschaffen. Ein fatales Signal, das das Risiko birgt, als Legitimation für Hassverbrechen verstanden zu werden.

Amnesty International fordert die kenianische Regierung auf, dringend für die physische und psychische Sicherheit aller LGBTI+-Schutzsuchenden im Kakuma-Flüchtlingslager zu sorgen und ihre vorübergehende oder dauerhafte Unterbringung in Nairobi oder anderen städtischen Gebieten zu ermöglichen. Von der deutschen Regierung fordert Amnesty unter anderem den Aufbau von Schutzprogrammen für LGBTI+ in den Herkunftsländern. Dabei muss deren besondere Gefährdung im Kakuma Flüchtlingslager in dem bestehenden Resettlement-Programm aus Kenia berücksichtigt werden.

## PREDICTIVE POLICING: EINE GEFAHR FÜR MENSCHENRECHTE?

**Predictive Policing (vorhersagebasierte Polizeiarbeit)** soll der Polizei helfen vorherzusagen, wo und von wem zukünftig Straftaten begangen werden. Jede\*r gibt bei der Anwendung von Apps, dem Online-Kauf, oder in Chats etwas über sich preis – was man denkt, mit wem man Kontakt hat, das Einkommen, etc.. Mit diesen Daten, die oft aus unterschiedlichen Quellen stammen, wird die Wahrscheinlichkeit von Straftaten berechnet. Die Funktionsweise ist zumeist nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für die Polizei nicht nachvollziehbar.

Dies klingt nach Science-Fiction, ist aber weltweit schon Wirklichkeit. Dabei kann die Privatsphäre verletzt werden oder ein großer Personenkreis fälschlich unter Verdacht geraten. Diskriminierungen können verstärkt werden, falls in den zugrundeliegenden Datenbanken Vorurteile geprägt wurden. Unterschieden wird zwischen orts- und personengebundenen Systemen. Bei ortsgebundenen Systemen werden Informationen über die Einwohner- und Gebäudestruktur, die Kaufkraft der Einwohner und die Anzahl von Migranten erfasst.

Personengebundene Systeme verarbeiten Informationen zu Alter, Geschlecht, Herkunft, Ethnie oder benutzen bei Polizei und Behörden vorhandene Daten. Einige Systeme sind im Einsatz oder werden getestet. In Deutschland wurden bis jetzt ausschließlich ortsgebundene Systeme verwendet. Da laufend neue Systeme entwickelt werden, beschäftigt sich Amnesty auch damit, ob durch die Algorithmen die Menschenrechte verletzt werden.

**PHILIPPINEN** Die gewaltlose politische Gefangene und ehemalige Senatorin **Leila de Lima** wurde nach fast sieben Jahren willkürlicher Haft gegen Kautionsfreilassung freigelassen. Ein philippinisches Gericht hatte am 13. November 2023 ihren Antrag auf Freilassung gegen Kautionsfreilassung im letzten gegen sie anhängigen Drogenverfahren stattgegeben. Amnesty International arbeitet seit der Festnahme von Leila de Lima im Jahr 2017 an ihrem Fall und hat in nationalen und internationalen Erklärungen immer wieder darauf hingewiesen, dass die Anschuldigungen gegen sie konstruiert sind.

**GEORGIEN** Im Mai 2022 wurde **Nika Gvaramia**, der Direktor des Fernsehsenders Mtavari, wegen konstruierter Vorwürfe des Machtmissbrauchs zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt. Das Berufungsgericht bestätigte das Urteil im November 2022. Am 23. Juni 2023 wurde Nika Gvaramia aus der Haft entlassen. Er war zuvor von Präsident Salome Zourabichvili begnadigt worden. Amnesty International hatte die Festnahme von Nika Gvaramia kritisiert und sie als politisch motiviert bezeichnet.

**ÄGYPTEN** Nach vier Jahren willkürlicher Haft wurde der ägyptische Menschenrechtsanwalt **Mohamed al-Baqer** im Juli 2023 nach einer Begnadigung durch den Präsidenten freigelassen. Er war allein wegen seiner Menschenrechtsarbeit inhaftiert. Amnesty International hat sich intensiv für seine Freilassung eingesetzt, beispielsweise war er Teil des Briefmarathons 2022.

**TAIWAN** Der taiwanesischer Staatsbürger **Morrison Lee** konnte im August 2023 endlich in sein Heimatland zurückkehren. Zuvor war er in China zu Unrecht wegen Verbrechen gegen die nationale Sicherheit Chinas angeklagt worden. Er wurde gezwungen, im Fernsehen ein Geständnis abzulegen – eine gängige Praxis der chinesischen Regierung, um gegen Aktivist\*innen und Menschenrechtsanwält\*innen vorzugehen. Amnesty International hatte sich für seine Freilassung eingesetzt.

**SOMALIA** Der Journalist **Mohamed Ibrahim Osman Bulbul** wurde am 7. Oktober 2023 gegen Kautionsfreilassung freigelassen. Zuvor hatte sich Amnesty International in einer Eilaktion für seine Freilassung eingesetzt. Er war im August verhaftet worden, nur weil er seiner Arbeit nachgegangen war. Am 11. Oktober 2023 ließ das Regionalgericht von Bandir alle Anklagepunkte gegen Mohamed fallen.

**AFGHANISTAN** Der Bildungsaktivist **Matiullah Wesa** wurde am 26. Oktober 2023 freigelassen. Er hatte fast sieben Monate im Gefängnis verbracht, weil er sich als Leiter der Nichtregierungsorganisation PenPath für das Recht von Mädchen auf Bildung einsetzt. Er hatte die Politik der Taliban kritisiert, die es Mädchen untersagt, weiterführende Schulen zu besuchen. Amnesty International startet eine Urgent Action und setzte sich bis zu seiner Freilassung für Matiullah Wesa ein.

**SÜDAFRIKA** 2023 wurde Amnesty International in Südafrika als rechts- und sachkundige Organisation vor Gericht zugelassen, um das Gericht bei der Entscheidungsfindung durch Stellungnahmen zu unterstützen (amicus curiae). Dabei ging es um eine einstweilige Verfügung, die die Festnahme des russischen Präsidenten Wladimir Putin forderte, sollte er am Gipfeltreffen der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) in Südafrika teilnehmen. Bevor der Fall vor Gericht verhandelt werden konnte, wurde bekannt, dass Präsident Putin nicht an dem Gipfel teilnehmen würde. Daraufhin erließ das Gericht im Juli einen Haftbefehl für den Fall, dass Putin doch nach Südafrika reisen würde. Dies war ein großer Sieg für Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht, und der Erfolg der Bemühungen von Amnesty International in diesem Fall zeigt die Stärke der Bewegung.

# PROTECT THE PROTEST: **SCHÜTZT DAS RECHT AUF PROTEST**

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) wird mit dem Recht auf Gedanken-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit auch das Recht auf Protest verankert. Protest kann zum Ausdruck gebracht werden z. B. mit Demonstrationen, öffentlichen Aktionen, Online-Aktivismus oder Petitionen. Er ist ein unverzichtbares Mittel, um auf Missstände und Menschenrechtsverletzungen aufmerksam zu machen.

Historisch bedeutende Protestbewegungen sind unter anderem 1930 in Indien der Salzmarsch gegen die britische Kolonialherrschaft, 1963 der Marsch auf Washington für die Rechte der Schwarzen US-Amerikaner\*innen und die Montagsdemonstrationen im Sommer 1989 in der DDR, die deren Ende einläuteten.

Vor allem in den vergangenen Jahren sind starke Protestbewegungen entstanden, die Millionen Menschen auf der ganzen Welt inspiriert haben, auf die Straße zu gehen und Gerechtigkeit einzufordern: Black Live Matters, die #MeToo-Bewegung, Fridays For Future oder Frau, Leben, Freiheit in Iran.

## Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Art. 19

Jeder Mensch hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Polizeibeamte umzingeln Demonstranten während einer Kundgebung im Bezirk Kadiköy in Istanbul am 20. Juli 2022, © AFP via Getty Images

## **DOCH DAS RECHT AUF PROTEST WIRD DERZEIT MASSIV BEDROHT UND ZUNEHMEND UNTERDRÜCKT.**

Staatliche Behörden greifen in weiten Teilen der Welt zu immer neuen Mitteln, um den organisierten Protest zu unterdrücken. Sie erlassen repressive Gesetze, verstärken die willkürliche Inhaftierung von Demonstrierenden, gehen mit Gewalt gegen Protestierende vor, zensieren und bemächtigen sich der Medien oder stellen missliebige Internetinhalte ab. Technologien, wie die automatische Gesichtserkennung, die Gangarterkennung oder Stimmenanalyse nehmen uns die Freiheit anonym an Protesten teilzunehmen. Die abschreckende und einschüchternde Wirkung von Überwachungsmaßnahmen (der sogenannte „Chilling Effekt“) kann dazu führen, dass Menschen ihr Recht auf Protest nicht mehr wahrnehmen.

Mit der Kampagne Protect the Protest richtet sich Amnesty International gegen die Unterdrückung von friedlichem Protest, solidarisiert sich mit den Betroffenen und unterstützt die Anliegen sozialer Bewegungen, die sich für die Menschenrechte einsetzen.

## KONTAKT

Wenn Sie dieses Heft interessiert oder Sie es weiterverteilen wollen, können Sie es hier bestellen oder herunterladen:

[amnesty-augsburg.de/mach-mit-heft](http://amnesty-augsburg.de/mach-mit-heft)

[amnesty-mittel-oberfranken.de/mach-mit-heft](http://amnesty-mittel-oberfranken.de/mach-mit-heft)

[amnesty-muenchen.de/mach-mit-heft](http://amnesty-muenchen.de/mach-mit-heft)

[amnesty-oberpfalz.de/mach-mit-heft](http://amnesty-oberpfalz.de/mach-mit-heft)

Würden Sie sich gern intensiver engagieren?  
Dann werden Sie einfach Mitglied bei uns.  
Das geht ganz leicht.

Melden Sie sich im Internet an unter  
[amnesty.de/mitmachen/werde-teil-der-bewegung](http://amnesty.de/mitmachen/werde-teil-der-bewegung)  
oder wenden Sie sich an das Regionalbüro Süd  
[regionalbuero.sued@amnesty.de](mailto:regionalbuero.sued@amnesty.de)

**REDAKTION:** Amnesty International, V.i.S.d.P. Angelika Kasper  
Bezirke Aachen und München & Oberbayern

**DRUCK:** Kolibri Druck, Zeitfracht Medien GmbH, Emmericher Straße 10, 90411 Nürnberg

**AMNESTY INTERNATIONAL DEUTSCHLAND E. V.**  
Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin  
T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-488 . E: info@amnesty.de

SPENDENKONTO DE23 3702 0500 0008 0901 00  
Bank für Sozialwirtschaft . BFSWDE33XXX



**DEAR PRESIDENT DÍAZ-CANEL,**

I am writing to express my deepest concern for the live and integrity of José Daniel Ferrer, who has been deprived of his liberty for more than two years. **Please release him immediately and unconditionally, as he is a prisoner of conscience solely detained for peacefully exercising his freedom of expression.**

Pending his release, please allow José Daniel Ferrer to be provided with medical care of his choice, be granted regular visits from family and friends, not be tortured or otherwise ill-treated, and access to lawyers of his choosing.

Yours faithfully

\_\_\_\_\_  
DATUM, UNTERSCHRIFT

\_\_\_\_\_  
NAME, VORNAME

\_\_\_\_\_  
LAND



**YOUR EXCELLENCY,**

The journalist and pro-democracy activist Itai Dzamara was abducted in Harare in 2015 and has since „disappeared“.

**I urge you to immediately launch a full and independent investigation into his disappearance.**

Please ensure that those responsible are charged in a fair trial.

If Itai Dzamara is detained, please disclose his whereabouts and ensure that he is not tortured.

Yours sincerely

\_\_\_\_\_  
DATUM, UNTERSCHRIFT

\_\_\_\_\_  
NAME, VORNAME

\_\_\_\_\_  
LAND

BITTE MIT  
**0,95 EURO**  
FREIMACHEN

Foto: © Amnesty International

El Presidente de la Republica Cuba  
Miguel Mario Díaz-Canel Bermúdez  
Hidalgo Esq. 6, Plaza de la Revolución  
CP 10400, La Habana

KUBA / Republica de Cuba

BITTE MIT  
**0,95 EURO**  
FREIMACHEN

Foto: © Amnesty International

H.E. Emmerson Dambudzo Mnangagwa  
President of the Republic of Zimbabwe  
Office of the President  
Munhumutapa Building  
Private Bag 7700  
Causeway  
Harare

ZIMBABWE

# FREIHEIT FÜR JOSÉ DANIEL

AMNESTY  
INTERNATIONAL 



AMNESTY  
INTERNATIONAL 

# WO IST ITAI IZAMARA?